

Rede zur HartzIV (Plenarsitzung vom 20.06.2008)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat der fraktionslose Kollege Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Hartz IV ist Armut per Gesetz. Die Hartz-Gesetze müssen weg.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: SGB II heißt das!)

Das ist allerdings allein die Position der Linken, die ich hier vertrete. Die Grünen in NRW basteln etwas an den Hartz-Gesetzen herum. Das Problem ist nur, dass die Grünen in Berlin nicht bereit sind, von den Hartz-Gesetzen, die sie wie auch SPD, CDU/CSU und FDP im Bundestag und Bundesrat mit verabschiedet haben, Abstand zu nehmen.

Wir erleben die völlig problematischen Auswirkungen bei diesen Gesetzen: viel zu niedrige Regelsätze. Die Regelsätze sind seit Einführung des Gesetzes Anfang 2005 erst ein einziges Mal um 2 € erhöht worden. Es wurde nicht am tatsächlichen Bedarf der Menschen entwickelt, sondern am Sozialbudget des Haushalts. Hartz IV bedeutet für Betroffene Armut – liegen die Regelsätze plus Unterkunftskosten doch unterhalb der offiziellen Armutsgrenze in Deutschland.

Von den skandalös niedrigen Regelsätzen für Kinder – selbst Minister Laumann kann nicht begründen und rechtfertigen, warum man Kindern 60 % und Jugendlichen 80 % des Regelsatzes zugesteht – kann ein Kind weder ausreichend noch gesund ernährt werden noch kann es an allen schulischen Aktivitäten teilnehmen, von Kinderkultur in der Freizeit ganz zu schweigen.

Dann die Zwangsarbeitgelegenheiten, Ein-Euro-Jobs genannt, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängen, die Zwangsumzüge von Menschen, die ihre angestammten Wohnquartiere verlassen und ihre dortigen Sozialkontakte aufgeben müssen, und so weiter. Die Liste ist unendlich lang.

Leider kommt von der SPD, die den Arbeitsminister auf Bundesebene stellt, nichts in dieser Richtung. Es ist eine Menge zu tun, aber Sie tun es nicht.

Bundesweit tragen laut einem Bericht der BA knapp 13 % der SGB-II-Empfängerinnen Unterkunftskosten aus ihren Regelsätzen. Heizkosten werden nur bei 45 % aller Bedarfsgemeinschaften in tatsächlicher Höhe übernommen, fast 55 % müssen zuschießen. Und wie reagiert die Politik auf diese konkrete hausgemachte Notlage zurzeit? – Gar nicht, und zwar weder auf Bundes- noch auf Landesebene. Stattdessen sind leider, wie so oft, die Sozialgerichte gefordert. Das ist die Realität. Sie sind nicht bereit, das zu ändern.

Ich bin sehr gespannt, was noch der Minister zu sagen hat. Ich behalte mir noch ein bisschen Redezeit vor. – Danke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

[...]

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch eine weitere Wortmeldung des Kollegen Sagel. Bitte schön, Herr Sagel.

(Zuruf von der CDU: Was hat der denn noch?)

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ein Leitfaden ist das Lächerlichste, was ich hier bisher zu dieser gesamten Thematik gehört habe. Die Leute haben viel zu wenig Geld. Die Regelsätze sind viel zu niedrig. Wir haben gestern eine lange Debatte darüber gehabt, dass die Strom- und Gaspreise eklatant gestiegen sind. Die Leute wissen nicht mehr, wie sie das bezahlen und über den nächsten Winter kommen sollen.

Jetzt kommen Sie um die Ecke und wollen den Leuten einen papiernen Leitfaden in die Hand drücken! Das ist lächerlich und geht völlig an der Realität vorbei! Sie haben die Probleme überhaupt nicht verstanden, die die Leute hier im Lande haben.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ohne Sie geht's hier auch!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt.